

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 146/2005

Ulrich Eith

Parteibindungen in Deutschland

Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten

Sankt Augustin, Juni 2005

ISBN 3-937731-54-7

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu
Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung
Telefon: 0 30/2 69 96-506
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10907 Berlin

Nr. 146/2005

Sankt Augustin, Juni 2005

Parteibindungen in Deutschland

Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische
Handlungsmöglichkeiten

Ulrich Eith

ISBN 3-937731-54-7

Ansprechpartner:

Dr. Viola Neu
Koordinatorin Wahl- und Parteienforschung
Telefon: 030/2 69 96-506
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Ausmaß und Bedeutung von Parteibindungen	4
2.1.	Die Parteibindung: politischer Wahrnehmungsfilter und Bewertungsmaßstab	4
2.2.	Parteibindungen und Wahlverhalten	6
3.	Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland	11
4.	Stammwählerschaften im Vergleich	18
4.1	Sozialstrukturelle Zusammensetzung	18
4.2	Einstellungsprofile	21
5.	Fazit und Konsequenzen: Lohnt die Pflege von Parteibindungen?	23
Anhang		26
Weiterführende Literatur		29
Der Autor		30

1. Einleitung

Die Daten der Meinungsforschungsinstitute signalisieren seit Jahren, verstärkt seit Beginn der kontroversen Diskussionen zur Reform von Arbeitsmarkt und Sozialsystemen, einen rapiden Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in Parteien und politische Akteure. Hierzu passt, dass die regierende SPD – von wenigen Ausnahmen abgesehen – seit 1999 bei Landtagswahlen teils massive Verluste hinnehmen muss, ohne dass dies im selben Umfang der Union als zweiter großen Volkspartei zugute kommt. Offen bleibt bislang die Frage, ob diese Indikatoren nur eine zeitweilige Stimmungslage oder aber einen grundlegenden Erosionsprozess der Fundamente der Demokratie in Deutschland anzeigen.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die nachfolgende Untersuchung auf die Entwicklung der längerfristigen Parteibindungen seit Mitte der 1990er Jahre. Dieses in der sozialwissenschaftlichen Wahlforschung bestens etablierte Konzept unterstellt Bindungen an die Parteien, die ihre Wirkung über längere Zeiträume hinweg entfalten und somit auch in „Krisenzeiten“ einen stabilisierenden Effekt ausüben können. Zu klären ist also zunächst die grundsätzliche Frage nach den parteispezifischen Profilen der Personen mit Parteibindungen hinsichtlich ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung und ihren politischen Einstellungen sowie nach Unterscheidungsmerkmalen zu parteipolitisch Ungebundenen. Lassen sich im Zeitvergleich die Träger eines möglichen Erosionsprozesses identifizieren und was charakterisiert in besonderer Weise Personen ohne Parteibindungen? Verbunden damit ist die politisch zentrale Diskussion, inwieweit die Parteien über eigene Handlungs- und Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Stabilisierung bzw. Auflösung von Parteibindungen verfügen.

Die empirische Datenbasis stellen die Erhebungen der Deutschen Nationalen Wahlstudien 1994, 1998 und 2002 dar, die von den Primärforschern Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger konzipiert wurden. Aufbereitet und zugänglich gemacht wurden die Daten vom Zentralarchiv für Sozialforschung der Universität zu Köln. Weder die Primärforscher noch das Zentralarchiv sind in irgendeiner Weise verantwortlich für die hier vorgenommene Analyse und Bewertung der Daten.

2. Ausmaß und Bedeutung von Parteibindungen

2.1. Die Parteibindung: politischer Wahrnehmungsfilter und Bewertungsmaßstab

Parteibindungen sind Teil eines sozialwissenschaftlichen Konzepts zur Erklärung von Wählerverhalten und werden als langfristig stabile, emotionale Bindungen an eine Partei angesehen. Sie wirken als Filter bei der Aufnahme politischer Informationen und beeinflussen die individuelle politische Urteilsbildung. Wahlentscheidungen fallen nach dem seit Jahrzehnten etablierten sozialpsychologischen Erklärungsmodell des Wählerverhaltens im Zusammenspiel der längerfristig stabilen Parteibindung – auch Parteiidentifikation oder Parteineigung genannt – mit zwei Kurzzeitfaktoren, der Bewertung der zur Wahl stehenden Kandidaten sowie der Einschätzung der program-matischen Positionen und Kompetenzen der Parteien in aktuellen politischen Sach- und Streitfragen. Bei einem möglichen Konflikt zwischen der Parteibindung einerseits und den Kurzzeitfaktoren Kandidaten- oder Sachfragenbewertung andererseits kann die aktuelle Wahlentscheidung durchaus auch einmal entgegengesetzt zur grund-sätzlichen Parteibindung ausfallen. Entsprechendes war im Verlaufe der deutschen Nachkriegsgeschichte immer wieder zu beobachten, etwa bei der „Anti-Strauß-Wahl 1980“ oder auch bei stark polarisierenden Themen wie der Frage der Wiederbewaff-nung, der neuen Ostpolitik unter Brandt oder auch dem NATO-Doppelbeschluss. An- ders als die förmliche Parteimitgliedschaft beinhaltet die Parteibindung also kein for- males, institutionalisiertes Verhältnis zur Partei. In gewisser Weise kann sie als „psychologische Mitgliedschaft“, vor allem aber als Wahrnehmungsfilter und Bewer- tungsmaßstab politischer Vorgänge verstanden werden.

Erworben werden Parteibindungen zumeist während der politischen Sozialisation in der Familie. Eine gewisse Ausnahme stellen diejenigen Jahrgänge dar, deren politi- sche Sozialisation mit dem Auftauchen und der Etablierung der Grünen zusammen fiel. Ganz offensichtlich erfolgten in Teilen dieser Generation Brüche in den familiä- ren Traditionen. Neuere Studien haben zudem die Annahme von lebenslang stabilen Parteibindungen relativiert. Gravierende politische Erfahrungen oder einschneidende Umorientierungen können durchaus zur Auflösung individueller Parteibindungen füh- ren, was eine spätere Neuausbildung keineswegs ausschließt. In den letzten Jahr-

zehnten erlebten gerade die entwickelten westlichen Demokratien eine schrittweise Auflösung der traditionellen Bindungen, einen sog. dealignment-Prozess. Häufig werden die gelockerten Parteibindungen dem Bedeutungsverlust traditioneller Milieus als Folge der sozialen und industriellen Modernisierung – also der Bildungsexplosion und des verstärkten Ausbaus des Dienstleistungssektors – zugeschrieben. Darüber hinaus ist aber auch auf die Verantwortlichkeit der politischen Eliten zu verweisen, die durch eine defizitäre oder neu ausgerichtete Politik der Interessenvertretung maßgebliche Veränderungen der politischen Wettbewerbsstruktur – und damit einher gehend die Auflösung traditioneller Bindungen – bewirken können. Offen bleibt bislang, inwieweit diese partielle Erosion der Parteibindungen in der Folge zu einem realignment-Prozess, einer erneuten Herausbildung stabiler Parteibindungen geführt hat oder noch führt. Gesichert erscheint hingegen, dass entsprechende Ausprägungen mit zunehmendem Alter weniger von den Eltern als vielmehr von eigenen politischen Wahrnehmungen und Erfahrungen beeinflusst werden. Parteibindungen beinhalten somit nicht nur sozialisationsabhängige, emotionale Komponenten, Parteibindungen spiegeln auch mittelfristig wandelbare, kognitive Bewertungsprozesse wider.

Für die Parteiführungen ergeben sich aus diesem Verständnis von Parteibindungen wichtige Handlungs- und Einflussmöglichkeiten. Die Parteien haben es durch ihre eigene Politik zu einem hohen Maße selbst in der Hand, ihre Stammwählerschaft – hier verstanden als Gesamtheit der Wahlberechtigten mit entsprechender Parteibindung – politisch zu überzeugen, bei Wahlen zu mobilisieren und dauerhaft zu binden. Das entscheidende Kriterium für die Stabilität der politischen Wettbewerbsstruktur ist das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen den Erwartungen der potentiellen Wähler und den politischen Haltungen und Aktivitäten der entsprechenden Partei. Solange die von den Parteien und ihren Kandidaten vorgenommenen programmatischen Positionierungen und Situationsdeutungen von den Stammwählern zum einen als konsistent und zum anderen als realitätsadäquat und somit glaubwürdig angesehen werden, bestätigen und festigen sie im Allgemeinen die Parteibindungen. Problematisch wird es, wenn die von den Parteien ausgesandten politischen Botschaften im deutlichen Gegensatz zum historischen Erscheinungsbild bzw. dem Traditionsfundus der Partei stehen. Programmatische Wandlungen oder Weiterentwicklungen können daher zumeist nur schrittweise und mit explizitem Bezug auf die identitätsstiftenden

politischen Anliegen der jeweiligen Partei vorgenommen und den eigenen Anhängern erklärt werden. Andernfalls riskiert die Parteiführung die Auflösung, zumindest Lockerung von Parteibindungen, was in letzter Konsequenz auch eine Umorientierung ganzer Wählergruppen nach sich ziehen kann.

In der Vergangenheit finden sich zahlreiche Beispiele für Veränderungen der politischen Wettbewerbssituation, die letztlich auf strategische Entscheidungen von Parteien bzw. Parteiführungen zurückgehen. Zu verweisen ist etwa auf die nordamerikanische New-Deal-Koalition zu Beginn der 1930er Jahre oder auch auf die Wandlungen vieler westeuropäischer Milieuparteien in der Nachkriegszeit zu Volksparteien. Einen strukturierenden Einfluss auf die Rahmenbedingungen des westdeutschen Parteienwettbewerbs hatten etwa die bundesweiten Koalitionswechsel der FDP. Die Bildung der sozial-liberalen Koalition 1969 eröffnete der Union in vielen Landesteilen die Chance, politisch verwaisten altliberalen Wählergruppen dauerhaft eine neue politische Heimat zu geben. Der liberale Schwenk von 1982 zur CDU gab dann Anlass zur wirkungsmächtigen, weil die politischen Wahrnehmungen für mindestens zwei Jahrzehnte strukturierenden Lagertheorie. Und auch die unter Schröder vorgenommene Neupositionierung der SPD hat alle Chancen, nachhaltige Veränderungen auf dem Wählermarkt zu bewirken.

2.2. Parteibindungen und Wahlverhalten

Seit nunmehr über 20 Jahren gehört die Frage nach der grundsätzlichen Parteibindung zum Standardrepertoire der politischen Umfrage- und Wahlforschung. In den allermeisten Wahlstudien wird der entsprechende Indikator in nahezu identischer Form erhoben:

„Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“

Dennoch unterscheiden sich die von den verschiedenen Meinungsforschungsinstituten ermittelten Werte zum Teil beträchtlich. Neben möglichen unterschiedlichen Er-

hebungstechniken¹ sind hierfür vor allem auch unterschiedliche Erhebungszeitpunkte verantwortlich. So ist das Ausmaß der gemessenen Parteibindungen zum Zeitpunkt von Bundestagswahlen am größten, was in erster Linie auf die Bedeutung dieser Wahlen und die mobilisierende Wirkung der Wahlkämpfe zurückzuführen ist. In der Mitte einer Legislaturperiode sinkt bei vielen Wahlberechtigten das politische Interesse nachweislich ab. Entsprechend variiert der Anteil derer, die eine Parteibindung bekunden. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl lassen sich steigende Anteile parteipolitisch Ungebundener ermitteln.

Die hier nachfolgend analysierten Daten wurden allesamt in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 erhoben, also zum Zeitpunkt der größten Mobilisierung. Die Befunde werden jeweils getrennt nach Ost- und Westdeutschland ausgewiesen und sind entsprechend den Empfehlungen der Primärforscher repräsentativ gewichtet.

Tabelle 1 enthält die Entwicklung der Parteibindung von 1994 bis 2002 unter Einbeziehung derer, die die Antwort verweigert haben. Diese Präsentationsform stellt sicher, dass die ausgewiesenen Größenordnungen der Parteibindungen keineswegs über-, bestenfalls unterschätzt werden.

1 Nicht zu verwechseln ist die hier geschilderte standardisierte Erhebung der Parteibindung mit dem von Infratest dimap praktizierten Verfahren, die Befragten durch Selbsteinschätzung bewerten zu lassen, ob für ihre Wahl eher längerfristige Parteibindungen, die zur Wahl stehenden Kandidaten oder die Problemlösungskompetenzen der Parteien in wichtigen Sachfragen ausschlaggebend sind. Das Ausmaß und die tatsächliche Wirkung von Parteibindungen lässt sich durch diese Gleichsetzung aller drei Faktoren (Parteibindung, Kandidaten, Sachfragen) schon deshalb nicht adäquat ermitteln, weil die Parteibindung in der gesamten wissenschaftlichen Literatur als eine der Wahrnehmung und Bewertung von Kandidaten und Sachfragen vorgelagerte Größe verstanden wird, die auf diese Bewertungsprozesse bereits einen strukturierenden Einfluss ausübt.

Tabelle 1: Parteibindungen 1994, 1998 und 2002 im Ost-West-Vergleich (in %)

<i>Westdeutschland</i> (Spaltenprozente)	1994 (N = 2033)	1998 (2230)	2002 (2191)
CDU/CSU-Parteibindung	28.6	31.3	28.6
SPD-Parteibindung	26.7	26.5	28.6
B 90/Grüne-Parteibindung	7.9	7.0	5.9
FDP-Parteibindung	2.4	2.3	1.8
PDS-Parteibindung	0.3	0.4	0.8
andere Parteibindung	1.7	1.6	0.7
ohne Parteibindung	23.1	24.9	26.5
weiß nicht	1.4	1.5	0.7
k.A./verweigert	7.9	4.4	6.2

Repräsentativgewichtung mit vggcs;
Deutsche Nationale Wahlstudie, jeweils gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

<i>Ostdeutschland</i> (Spaltenprozente)	1994 (N = 2081)	1998 (1107)	2002 (1072)
CDU/CSU-Parteibindung	21.9	20.0	17.7
SPD-Parteibindung	18.8	19.1	21.7
B 90/Grüne-Parteibindung	4.0	2.9	2.0
FDP-Parteibindung	1.4	1.6	2.0
PDS-Parteibindung	11.1	11.4	8.2
andere Parteibindung	1.5	3.6	1.0
ohne Parteibindung	35.8	35.8	40.4
weiß nicht	1.7	1.8	2.0
k.A./verweigert	3.7	3.8	5.0

Repräsentativgewichtung mit vggcs;
Deutsche Nationale Wahlstudie, jeweils gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 bekunden jeweils knapp 30 Prozent der Westdeutschen eine Bindung an eine der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD. Darüber hinaus erfahren lediglich die Grünen eine gesichert über der 5 Prozent-Marke liegende Unterstützung. Gut 25 Prozent der Befragten geben an, sich an keine Partei gebunden zu fühlen.

Ein anderes Bild zeigt sich in Ostdeutschland. CDU/CSU und SPD liegen bei etwa 20 Prozent, die PDS kommt auf knapp 10 Prozent. Der Anteil der parteipolitisch Ungebundenen hingegen beträgt etwa 40 Prozent. Darüber hinaus wird in der Wahl- und Einstellungsforschung allgemein davon ausgegangen, dass sich die ostdeutschen Parteibindungen noch in einer Aufbau- und Stabilisierungsphase befinden, somit

schwächer ausgeprägt sind und daher auch einen geringeren verhaltensleitenden Einfluss ausüben.

Die Vergleiche zu 1998 und 1994 ergeben ein insgesamt stabiles Bild. Bestenfalls lässt sich im Westen ein minimaler Anstieg des Anteils der Ungebundenen feststellen, während im Osten leichte sozialdemokratische Zugewinne bei entsprechenden christdemokratischen Verlusten auffallen. Somit bestätigen sich auch aus dieser Perspektive zwei zentrale Unterschiede zwischen den politischen Wettbewerbsstrukturen in Ost und West: Zum einen findet sich im Westen ein Vierparteiensystem, dem im Osten ein Dreiparteiensystem mit entsprechend unterschiedlichen Handlungsoptionen und „Spielregeln“ gegenüber steht; zum anderen wird auch in der hier vorgenommenen Betrachtung das insgesamt gefestigtere Ausmaß von Parteibindungen in Westdeutschland deutlich.

Ein zentrales Beurteilungskriterium für die Schlüssigkeit des Konzepts der Parteibindungen stellt der Zusammenhang zwischen Parteibindung und Wahlentscheidung dar. Entsprechend den theoretischen Annahmen sollte einerseits die Parteibindung einen hohen Prognosewert für die Stimmabgabe aufweisen. Bei den parteipolitisch ungebundenen Wählerinnen und Wählern sollte sich andererseits plausibel ablesen lassen, welche Partei(en) bei der entsprechenden Wahl von der allgemeinen Stimmungslage profitieren konnte(n). Tabelle 2 weist die einzelnen Stammwählerschaften (Personen mit entsprechender Parteibindung) und die parteipolitisch Ungebundenen gesondert aus. Als Indikator der Wahlentscheidung wird in den Vorwahlbefragungen die Wahlabsicht, in den Nachwahlbefragungen die sog. „Recall-Frage“ nach der Stimmabgabe bei der soeben vergangenen Bundestagswahl herangezogen.

Erwartungsgemäß harmonisieren die ermittelten Zusammenhänge bestens mit den theoretischen Annahmen. Bei allen drei Bundestagswahlen treffen in beiden Landesteilen Personen mit einer Bindung an CDU/CSU, SPD oder PDS (Ostdeutschland) ihre Wahlentscheidung zu weit über 80 Prozent, häufig zu über 90 Prozent im Einklang mit ihrer längerfristigen Parteibindung. Etwas darunter liegen die entsprechenden Zahlen für die Grünen und die FDP in Westdeutschland. Für Ostdeutsch-

land lassen die geringen Fallzahlen der Umfragen eine gesicherte Analyse für Grüne und FDP nicht zu.

Weitaus mehr Bewegung zeigt das Abstimmungsverhalten der Personen ohne Parteibindungen. Der Vergleich zu 1994 und 2002 unterstreicht das auch in anderen Untersuchungen nachgewiesene außergewöhnliche Meinungsklima bei der Bundestagswahl 1998. In beiden Landesteilen konnten die Sozialdemokraten 1998 etwa die Hälfte der Personen ohne Parteibindungen hinter sich versammeln und überflügeln somit klar die Union. Im Westen lagen beide Parteien 1994 bei den Ungebundenen gleichauf, 2002 errang die CDU sogar einen Vorsprung vor den Sozialdemokraten. Im Osten positionierten sich die Sozialdemokraten bei den Ungebundenen bei allen drei Wahlen vor der Union, 1994 und 2002 allerdings mit einem wesentlich knapperen Abstand als 1998.

Tabelle 2: Wahlentscheidungen 1994, 1998 und 2002 nach Parteibindungen im Ost-West-Vergleich (in %)

<i>Westdeutschland</i> (Zeilenprozente)	Wahlentscheidung für ...					Nicht-	
	CDU/CSU	SPD	B90/GR	FDP	Sonst.	wahl	N
<i>Bundestagswahl 2002</i>							
CDU/CSU-Parteibindung	91	1	1	5	1	1	583
SPD-Parteibindung	4	83	7	2	2	2	574
B 90/Grüne-Parteibindung	1	17	77	0	4	1	116
FDP-Parteibindung	18	3	2	75	0	2	40
ohne Parteibindung	33	27	8	11	6	15	382
<i>Bundestagswahl 1998</i>							
CDU/CSU-Parteibindung	85	7	1	4	2	1	640
SPD-Parteibindung	1	88	6	2	1	2	544
B 90/Grüne-Parteibindung	1	14	79	0	4	2	140
FDP-Parteibindung	11	5	2	80	0	2	44
ohne Parteibindung	20	50	7	5	6	12	368
<i>Bundestagswahl 1994</i>							
CDU/CSU-Parteibindung	93	3	1	2	0	1	529
SPD-Parteibindung	3	91	4	0	1	1	504
B 90/Grüne-Parteibindung	4	12	78	1	2	3	151
FDP-Parteibindung	14	11	2	71	2	0	45
ohne Parteibindung	27	29	11	7	7	19	302

Repräsentativgewichtung mit vgges;

Deutsche Nationale Wahlstudie, jeweils gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Fortsetzung Tab. 2

<i>Ostdeutschland</i> (Zeilenprozente)	Wahlentscheidung für ...						Nicht- wahl	N
	CDU/CSU	SPD	B90/GR	FDP	Sonst			
<i>Bundestagswahl 2002</i>								
CDU/CSU-Parteibindung	87	2	2	5	0	1	3	171
SPD-Parteibindung	2	80	7	1	5	1	4	215
PDS-Parteibindung	0	8	1	1	83	0	7	76
ohne Parteibindung	24	40	2	5	9	4	16	294
<i>Bundestagswahl 1998</i>								
CDU/CSU-Parteibindung	87	5	1	2	0	3	2	197
SPD-Parteibindung	2	86	3	1	6	2	0	189
PDS-Parteibindung	0	14	1	0	81	1	3	123
ohne Parteibindung	15	49	2	2	15	6	11	255
<i>Bundestagswahl 1994</i>								
CDU/CSU-Parteibindung	93	3	0	1	1	0	2	435
SPD-Parteibindung	3	86	1	0	4	1	5	349
PDS-Parteibindung	1	4	0	0	91	0	4	220
ohne Parteibindung	28	34	4	2	13	2	17	521

Repräsentativgewichtung mit vggcs;

Deutsche Nationale Wahlstudie, jeweils gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Zwischenfazit: Die Zusammenhänge zwischen Parteibindung und Wahlentscheidung entsprechen den theoretischen Annahmen, die Parteibindung kann als längerfristig wirksamer politischer Wahrnehmungsfilter und Beurteilungsmaßstab angesehen werden. Die Betrachtung der parteipolitisch Ungebundenen erlaubt zudem Aufschlüsse über die „politische Großwetterlage“, das grundlegende Meinungsklima bei der entsprechenden Wahl.

3. Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Wie alle Sekundäranalysen unterliegt auch diese Untersuchung den Beschränkungen der Datenlage. So besteht bei gegebener Datenbasis keine direkte Möglichkeit, etwa den gewünschten Umfang und Stellenwert staatlicher Leistung – die dominierende politische Streitfrage der letzten Jahre – oder auch das präferierte Ausmaß sozialer Gerechtigkeit direkt in die Analyse einzubeziehen. Aus diesem Grund werden zur Charakterisierung der Stammwählerschaften der Parteien und eventueller

Unterschiede zu parteipolitisch Ungebundenen neben dem sozialen Status der Wahlberechtigten – Bildungsabschluss oder Beruf – verschiedene politische Einstellungen herangezogen: zum einen politisch-ideologische Einstellungen mit Bezug zum Umfang staatlicher Lenkung und Verantwortung sowie Einstellungen zum bevorzugten Gesellschaftsideal, zum anderen Bewertungen der Demokratie und der Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung. Letztere werden durch Einschätzungen der ökonomischen Situation ergänzt, die auch als Indikatoren für optimistische oder pessimistische Zukunftserwartungen verstanden werden können.

Als Hintergrund zur weiteren Untersuchung der Stammwählerschaften gilt es zunächst, die zur Verfügung stehenden Variablen politischer Einstellungen mit Blick auf Ausprägungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu diskutieren. Dies erscheint notwendig, da sich in Deutschland seit der Einheit ein in Ost und West zweigeteilter politischer Markt mit unterschiedlichen Wettbewerbsstrukturen (im Wesentlichen Dreiparteien- bzw. Zwei-Lager-System) und in Teilaspekten auch unterschiedlichen politischen Erwartungen und Demokratieverständnissen herausgebildet hat. Die hier einbezogenen Einstellungsvariablen ermöglichen zumeist einen sich über die Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 erstreckenden Vergleich.

Tabelle 3a bündelt die Indikatoren zur Staatstätigkeit und zum Gesellschaftsideal. Direkte Fragen zur Arbeitsmarktpolitik oder zum gewünschten Ausmaß staatlicher Aktivitäten und Verantwortlichkeiten sind in Wahlstudien bedauerlicherweise kaum zu finden.² Verfügbar sind für 2002 lediglich drei Variablen, die als Teil einer umfangreichen Sozialismus-Skala den wohlfahrtsstaatlichen Schutz und die wirtschaftspolitische Bedeutung der Staatstätigkeit zumindest indirekt thematisieren: „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden“, „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ sowie „Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Gemeinwohl unterordnen“. Hinzu kommen zwei Indikatoren zur gesellschaftlichen Grundorientierung. So konnten sich die Befragten unter insgesamt sechs Alternativen für eine Gesellschaft aussprechen,

2 Eine Ausnahme stellt die Deutsche Nationale Wahlstudie 1998 dar, wo direkt nach der Verantwortlichkeit des Staates für unterschiedliche politische und ökonomische Bereiche (etwa „einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will“) gefragt wurde. Leider wurde 2002 auf diesen Indikator verzichtet.

„in der der Mensch mehr zählt als das Geld“ oder auch „in der man es durch Leistung zu etwas bringen kann“.

Tabelle 3a: Politische und wirtschaftliche Einstellungen 1994, 1998 und 2002 in Deutschland im Ost-West-Vergleich (in %)

(Spaltenprozent)	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
	(N = 2081)	(1107)	(1072)	(2033)	(2230)	(2191)
Verstaatlichung wichtiger Unternehmen:						
<i>„Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden“</i>						
stimme überhaupt nicht zu	16	19	16	44	51	41
stimme eher nicht zu	18	18	25	22	23	31
teils/teils	26	27	30	19	17	19
stimme eher zu	21	25	19	11	7	7
stimme voll und ganz zu	19	11	10	4	2	2
Sozialismus: gute Idee, schlecht ausgeführt:						
<i>„Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“</i>						
stimme überhaupt nicht zu	10	6	7	30	32	32
stimme eher nicht zu	8	11	11	19	18	22
teils/teils	21	23	27	27	26	24
stimme eher zu	26	32	33	16	16	16
stimme voll und ganz zu	35	28	22	8	8	6
Gruppeninteressen und Allgemeinwohl:						
<i>„Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen“</i>						
stimme überhaupt nicht zu	6	6	7	13	9	13
stimme eher nicht zu	12	13	15	19	18	22
teils/teils	26	27	33	29	35	33
stimme eher zu	30	35	27	24	24	21
stimme voll und ganz zu	26	19	18	15	14	11
Gesellschaftsideal:						
<i>„Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der ...“</i>						
der Mensch mehr zählt als Geld	--	56	51	--	47	52
man es durch Leistung zu etwas bringen kann	--	34	32	--	31	32

Repräsentativgewichtung mit vgges;
Deutsche Nationale Wahlstudie, gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind vor allem bei den „Sozialismus-Indikatoren“ beträchtlich. Im Westen befürworten nur etwa 10 Prozent die Verstaatlichung wichtiger Unternehmen, im Osten ist der Anteil inzwischen von 40 Prozent (1994) auf immerhin noch 29 Prozent (2002) leicht gesunken. Den Sozialismus als

gute Idee bewerten im Westen 25 Prozent, im Osten hingegen 55 Prozent mit leichtem Rückgang seit Mitte der 1990er Jahre. Den Vorrang des Gemeinwohls vor Partii-
alinteressen fordern im Westen gut 30 Prozent, im Osten 45 Prozent. Hingegen un-
terstützt in beiden Landesteilen gleichermaßen ein Drittel der Befragten den Leis-
tungsgedanken, gut 50 Prozent sprechen sich in Ost und West für ein auf den Men-
schen hin ausgerichtetes Gesellschaftsideal aus.

**Tabelle 3b: Politische und wirtschaftliche Einstellungen 1994, 1998 und 2002
in Deutschland im Ost-West-Vergleich (in %)**

(Spaltenprozente)	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1994 (N = 2081)	1998 (1107)	2002 (1072)	1994 (2033)	1998 (2230)	2002 (2191)
Demokratiezufriedenheit:						
<i>„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“</i>						
sehr unzufrieden	6	6	8	2	3	4
ziemlich unzufrieden	21	21	24	10	9	11
teils/teils	48	43	46	38	36	35
ziemlich zufrieden	23	26	20	42	41	40
sehr zufrieden	3	4	2	8	11	10
Gesellschaftsordnung in Deutschland						
eher ungerecht	55	40	72	45	26	51
teils/teils	24	53	--	25	55	--
eher gerecht	21	7	28	30	19	49
<i>„Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in den al- ten/neuen Bundesländern?“</i>						
sehr schlecht	6	6	12	2	3	7
schlecht	25	33	45	18	18	33
teils/teils	53	50	34	51	51	44
gut	16	11	9	27	27	15
sehr gut	0	0	0	2	1	1
<i>„Wie beurteilen Sie zur Zeit ihre eigene wirtschaftliche Lage?“</i>						
sehr schlecht	3	3	5	1	2	3
schlecht	12	16	17	8	8	13
teils/teils	37	35	43	36	36	35
gut	44	43	33	50	50	45
sehr gut	4	3	2	5	4	4

Repräsentativgewichtung mit vgg; Deutsche Nationale Wahlstudie, gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Tabelle 3b gibt die bewertenden Einstellungen zur Gesellschaftsordnung und Demo-
kratie wieder. Gefragt wurde zum einen nach der grundsätzlichen Zufriedenheit mit

der Demokratie, „so wie sie in Deutschland besteht“, zum anderen nach der Haltung zur deutschen Gesellschaftsordnung: „Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?“³ Hinzu kommt die Einschätzung der generellen und eigenen wirtschaftlichen Lage.

Ein höheres Ausmaß an Unzufriedenheit und Pessimismus unterscheidet Ost- von Westdeutschland zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002. Grundsätzlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland ist jeder zweite West- und gerade einmal jeder vierte Ostdeutsche. Spiegelbildlich verteilt sich die Unzufriedenheit mit 15 Prozent (West) bzw. 30 Prozent (Ost). Nennenswerte Veränderungen sind hierbei im Zeitverlauf seit 1994 nicht festzustellen. Ebenfalls beachtliche Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit. Während im Osten 70 Prozent die Gesellschaftsordnung als eher ungerecht einstufen, folgen diesem Urteil im Westen nur 50 Prozent. Die Veränderung der Erhebungsmethode zu 1994 und 1998 lässt hier keinen zeitlichen Vergleich zu. Schließlich wird auch die allgemeine wirtschaftliche Lage im Osten erwartungsgemäß weitaus schlechter eingeschätzt als im Westen. Dessen ungeachtet bewerten die Ostdeutschen ihre persönliche wirtschaftliche Lage nur geringfügig pessimistischer als die Westdeutschen.

Die hier zur Verfügung stehenden Indikatoren thematisieren ganz unterschiedliche inhaltliche Aspekte, gleichwohl das Antwortverhalten keineswegs unabhängig voneinander erfolgt. Zur Untersuchung von inneren Zusammenhängen bedient sich die Wahl- und Einstellungsforschung komplexer mathematischer Verfahren wie etwa der Faktorenanalyse. Durch die zusätzliche Einbeziehung der Angaben zur beruflichen Stellung lässt sich hierbei überprüfen, inwieweit die Einstellungen zur Staatstätigkeit und zur sozialen Gerechtigkeit eine statusabhängige Verteilung aufweisen und somit letztlich ein gruppen- oder schichtspezifisches Wahlverhalten verstärken. Entsprechend werden die Angaben zum gegenwärtigen bzw. ehemaligen Beruf zu sechs Statusgruppen zusammengefasst: (1) ungelernte und angelernte Arbeiter, einfache Angestellte und Beamte des einfachen Dienstes, (2) Facharbeiter und besonders qualifizierte Arbeiter, (3) mittlere Angestellte und Beamte des mittleren Dienstes, (4) qualifizierte Angestellte und Beamte des gehobenen Dienstes, (5) leitende Angestell-

3 2002 wurden nur die Antwortalternativen *eher ungerecht* / *eher gerecht* erhoben, 1994 und 1998 waren die Vorgaben *eher ungerecht* / *teils, teils* / *eher gerecht*.

te und Beamte des höheren Dienstes sowie (6) Selbständige, Landwirte und freiberuflich Tätige, die aufgrund geringer Fallzahlen nicht weiter unterschieden werden können. Unberücksichtigt bleiben die mit nur geringer Anzahl vertretenen Auszubildenden und Schüler, ebenso der Indikator zum Verhältnis von Allgemeinwohl und Gruppeninteressen, der keine stabile ideologische Trennung zwischen „linken“ und „rechten“ Positionen bewirkt.

Methodisch stützt sich die faktorenanalytische Untersuchung letztlich auf die Korrelationsmatrix der einbezogenen Variablen. Im Westen lässt sich auf diese Weise ein dreidimensionales, im Osten mit nur geringfügigen Unterschieden ein vierdimensionales Einstellungsmuster erkennen (Tabelle A1 im Anhang).

In den westdeutschen Bundesländern bündelt die erste Dimension die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und die Bewertungen der Gesellschaftsordnung und der Demokratie. Befragte mit einer positiven Einschätzung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage sehen auch die Gesellschaftsordnung als eher gerecht an und zeigen eine höhere Demokratiezufriedenheit. Zudem neigen Personen mit gehobenem Berufsstatus zu einer positiveren Beurteilung der Wirtschaftslage und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit als Personen mit niedrigerem Berufsstatus. Eine zweite Dimension umfasst die mit Sozialismusvorstellungen verbundene Staatstätigkeit und wiederum die Stellung im Beruf. Ein hoher Berufsstatus geht einher mit einer Ablehnung von Verstaatlichung und sozialistischen Ideen. Eine dritte Dimension steht für die Frage nach der gesellschaftlichen Grundausrichtung. Wer sich besonders für den Grundsatz „der Mensch zählt mehr als das Geld“ stark macht, unterstützt im Allgemeinen weniger ausgeprägt eine strikte Leistungsorientierung.

In den ostdeutschen Bundesländern finden sich lediglich leichte Modifikationen. Eine erste Dimension verknüpft analog zur Situation im Westen die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation mit der Haltung zur Gesellschaftsordnung und zur Demokratie. Eine zweite Dimension umfasst ebenfalls wie im Westen die gegensätzlichen gesellschaftlichen Leitbilder „Menschen vor Geld“ bzw. Orientierung an der Leistung. Eine dritte Dimension bündelt die positiven Einstellungen zum Sozialismus und zur Verstaatlichung, die insbesondere mit einer ausgeprägten Wahrnehmung gesellschaftli-

cher Ungerechtigkeit einhergehen. Eine vierte Dimension schließlich repräsentiert den beruflichen Status. Mit einem höheren Berufsstatus ist in Ostdeutschland vor allem eine positivere Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und die Ablehnung von Verstaatlichung verbunden, nicht jedoch die prinzipielle Geringschätzung sozialistischer Ideen.

Zwischenfazit: Die grundlegenden Einstellungsmuster in Ost und West entsprechen sich weitgehend in ihrer strukturellen Zusammensetzung, unterscheiden sich jedoch deutlich in der Höhe ihrer Ausprägung. So wird im Osten die wirtschaftliche Situation weitaus schlechter eingeschätzt, entsprechend höher ist auch das Ausmaß an Unzufriedenheit über die Gesellschaftsordnung und die Demokratie. In struktureller Hinsicht fallen in beiden Landesteilen eine pessimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Situation mit der Wahrnehmung von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und einer verstärkten Unzufriedenheit mit der Demokratie zusammen. Weitgehend unabhängig hiervon ist die prinzipielle Wertschätzung sozialistischer Ideen und der Ruf nach Verstaatlichung. Im Westen sind diese Einstellungen stärker als im Osten sozialstrukturell verankert. So zeigen vor allem Personen mit niedrigerem Berufsstatus eine ausgeprägte Unzufriedenheit und eine größere Aufgeschlossenheit für sozialistische Ideen. In den ostdeutschen Bundesländern erlaubt der berufliche Status bislang nur geringe Rückschlüsse auf die politische Grundausrichtung. Ein beachtlicher Anteil von Befürwortern sozialistischer Ideale findet sich bislang in nahezu allen, insbesondere auch in den statushöheren Berufsgruppen.

4. Stammwählerschaften im Vergleich

4.1 Sozialstrukturelle Zusammensetzung

Die sozialstrukturellen Profile der Stammwählerschaften – Personen mit entsprechender Parteibindung – bringen die traditionellen westdeutschen Konfliktlinien und die sich seit der Einheit herausgebildeten ostdeutschen Frontstellungen des politischen Wettbewerbs zum Vorschein (Tabelle 4). Als besonders erklärungskräftig erweisen sich die Merkmale Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung, beruflicher Status, Gewerkschaftsmitgliedschaft und durchschnittliches Alter bzw. Generationenzugehörigkeit. Aufgrund der geringen Fallzahlen müssen für den Osten Deutschlands grüne und liberale Stammwähler unberücksichtigt bleiben.

Wie in den vergangenen Jahrzehnten charakterisieren auch noch 2002 im Westen ein hoher Katholikenanteil bzw. im Osten die Mitgliedschaft in einer christlichen Konfession sowie eine weit überdurchschnittliche Kirchenbindung ganz grundsätzlich die Stammwählerschaft der Union. Darüber hinaus kennzeichnet in Westdeutschland ein gehobener beruflicher Status christdemokratische und inzwischen auch grüne Stammwähler, ein im Durchschnitt hohes formales Bildungsniveau Personen mit grünen und liberalen Bindungen. FDP-Stammwähler zählen überdurchschnittlich zu Selbständigen oder Freiberuflern, SPD-Stammwähler und parteipolitisch Ungebundene weisen Schwerpunkte in statusniedrigeren Berufsgruppen auf. Sozialdemokratische Bindungen gehen zudem mit einer verstärkten Gewerkschaftsmitgliedschaft einher. Ein Durchschnittsalter um die 50 Jahre haben christdemokratische und liberale Stammwähler, durchschnittlich etwa 40 Jahre alt sind grüne Stammwähler sowie parteipolitisch Ungebundene. Christdemokratische Bindungen finden sich überdurchschnittlich in ländlich-kleinstädtischen Wahlkreisen, grüne und liberale Bindungen weitaus stärker in den urbanen Zentren. Ein höherer Anteil von Frauen kennzeichnet vor allem die Gruppe der parteipolitisch Ungebundenen.

Tabelle 4: Sozialstrukturelle Profile der Gruppen mit unterschiedlichen Parteibindungen im Ost-West-Vergleich 2002 (in %)

(Spaltenprozente)		Westdeutschland					Ostdeutschland					Cr.'s V	insg. (1072)	Cr.'s V
		CDU/CSU (N = 626)	SPD (628)	B90 (130)	FDP (40)	o.Pb (581)	insg. (2191)	Cr.'s V	CDU (190)	SPD (232)	PDS (88)	o.Pb (434)		
Berufstatus	un/angel. Arb., einf. Ang./Beamte	17	22	14	23	29	22		15	19	21	16	17	
	Fach-/qualifizierte Arbeiter	12	20	8	14	20	17		37	29	22	48	37	
	mittlere Angestellte und Beamte	14	17	22	14	17	16		5	14	18	10	10	
	qualifizierte Angestellte, gehobene Beamte	29	25	31	17	22	26		24	26	23	16	21	
	leitende Angestellte, höhere Beamte	11	11	9	9	3	8		5	5	8	2	5	
	Selbständige, Landwirte, Freiberufliche	17	5	16	23	9	11	.12	14	7	8	8	10	.14
Bildungsabschluss	Hauptschule	41	49	12	30	47	43		36	31	33	35	33	
	Realschule	33	25	29	38	29	29		44	42	26	44	41	
	Abitur	14	15	23	12	15	16		10	11	18	14	13	
	Studium	12	11	36	20	9	12	.15	10	16	23	7	13	.15
Konfessionszugehörigkeit	evangelisch	32	51	45	55	38	42		35	26	15	26	28	
	katholisch	59	31	35	30	40	42		14	4	2	4	6	
	ohne/ausgetreten	7	15	20	10	17	13	.15	49	70	81	69	66	.15
Kirchgangshäufigkeit	1x wöchentlich	24	5	7	0	7	11		12	1	1	3	4	
	1x monatlich	15	9	3	3	8	10		6	5	1	1	4	
	mehrmals jährlich	27	30	33	51	29	29		18	9	14	12	13	
	1x jährlich/seltener	23	36	27	26	32	30		27	25	9	26	24	
	nie	11	20	30	20	24	20	.16	37	60	75	58	55	.16
Gewerkschafts-/Berufsverbandsmitglied	nein	91	78	85	95	89	86		93	82	85	90	88	
	ja	9	22	15	5	11	14	.16	7	18	15	10	12	.13
Geschlecht	männlich	50	49	48	50	44	48		56	48	36	46	48	
	weiblich	50	51	52	50	56	52	.10	44	52	64	54	52	.12
Durchschnittsalter (in Jahren)		51	48	39	49	43	47		49	47	47	45	46	
Ortsgröße	< 5.000	17	12	12	8	14	14		35	27	28	34	31	
	5-20.000	31	24	19	27	26	26		21	20	15	24	21	
	20-100.000	28	32	16	22	27	28		21	22	23	22	22	
	100-500.000	13	15	26	15	16	16		20	19	19	13	18	
	> 500.000	11	17	27	28	17	16	.09	3	12	15	7	8	.10

Prozentuierungsbasis: Befragte mit einer entsprechenden (bzw. keiner) Parteibindung; o.Pb = ohne Parteibindung; Cr.'s V = Cramers V (Zusammenhangsmaß, Signifikanzniveau = .01); Repräsentativgewichtung mit vggcs, Deutsche Nationale Wahlstudie, jeweils gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Tabelle 5: Einstellungsprofile der Gruppen mit unterschiedlichen Parteibindungen im Ost-West-Vergleich 2002 (in %)

(Spaltenprozent)		Westdeutschland					Ostdeutschland					Cr.'s V		
		CDU/CSU (N = 626)	SPD (628)	B90 (130)	FDP (40)	o.Pb (581)	insg. (2191)	Cr.'s V	CDU (190)	SPD (232)	PDS (88)		o.Pb (434)	insg. (1072)
Demokratiezufriedenheit	sehr/zieml. unzufr. teils/teils	16	11	8	18	20	15		30	22	37	37	32	
		33	32	25	42	40	35		43	48	44	49	46	
	ziemlich/sehr zufrieden	51	57	67	40	40	50	.13	27	30	19	14	22	.17
Gesellschaftsordnung	eher ungerecht	46	48	41	28	62	51		62	61	84	80	72	
	eher gerecht	54	52	59	72	38	49	.16	38	39	16	20	28	.21
allgemeine wirtschaftliche Lage	schlecht	48	30	21	53	44	40		62	46	64	57	56	
	teils/teils	37	49	65	40	43	44		27	44	31	34	35	
	gut	15	21	14	7	13	16	.15	11	10	5	9	9	.12
eigene wirtschaftliche Lage	schlecht	16	12	10	24	22	16		17	20	33	22	22	
	teils/teils	31	34	36	25	39	35		40	43	42	47	44	
	gut	53	54	54	51	39	49	.11	43	37	25	31	34	.11
„Verstaatlichung wichtiger Unternehmen“	stimme eher nicht zu	77	71	71	92	65	72		56	38	20	38	41	
	teils/teils	15	20	17	5	25	19		20	24	32	37	30	
	stimme eher zu	8	9	12	3	10	9	.10	24	38	48	25	29	.19
„Sozialismus: gute Idee“	stimme eher nicht zu	67	46	35	61	56	54		30	13	5	19	18	
	teils/teils	20	26	34	21	23	24		25	29	11	29	27	
	stimme eher zu	13	28	31	18	21	22	.18	45	58	84	52	55	.19
Gesellschaftsideal	„Mensch vor Geld“	46	54	76	30	53	52	.17	49	45	69	54	51	.14
	„Leistung zählt“	42	27	10	55	31	32	.20	40	33	19	32	32	.13
(Mittelwerte)														
Zufriedenheit mit Regierung	(-5 bis +5)	-2.1	1.7	1.6	-1.7	-0.6	-0.2		-1.7	1.4	-0.4	-0.5	-0.2	
Links-Rechts-Selbsteinstufung	(-5 bis +5)	1.1	-1.5	-2.2	0.3	-0.2	-0.3		0.6	-1.5	-2.9	-0.7	-0.9	

Prozentuierungsbasis: Befragte mit einer entsprechenden (bzw. keiner) Parteibindung; o.Pb = ohne Parteibindung; Cr.'s V = Cramers V (Zusammenhangsmaß, Signifikanzniveau = .01); Repräsentativgewichtung mit ggges;
Deutsche Nationale Wahlstudie, jeweils gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung

In Ostdeutschland unterscheiden ein gehobener beruflicher Status und höhere Bildungsabschlüsse in erster Linie PDS-Stammwähler von Personen mit CDU-Bindungen und parteipolitisch Ungebundenen. Letztere haben das niedrigste Durchschnittsalter, CDU-Stammwähler hingegen das höchste. Eine breitere Verankerung im ländlich-städtischen Bereich weisen christdemokratische Stammwähler und parteipolitisch Ungebundene auf, während sich PDS-Stammwähler verstärkt in den Städten finden. Schließlich sind unter den Personen mit Bindungen an die CDU Männer leicht in der Überzahl, bei den PDS-Stammwählern halten Frauen eine weit überdurchschnittliche Stellung.

4.2 Einstellungsprofile

Eine Charakterisierung der Stammwählerschaften allein nach sozialstrukturellen Merkmalen reicht schon seit längerer Zeit nicht mehr aus. Zum einen sind die politischen Einstellungen im Osten bislang nur in Ansätzen sozialstrukturell verankert, zum anderen überschneiden sich gerade die großen Volksparteien in ihrer Ausrichtung auf verschiedene soziale Gruppen.

Im Westen unterscheiden sich CDU/CSU-Stammwähler vom Bevölkerungsdurchschnitt – neben der für Oppositionsanhänger fast schon rituellen Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit – vor allem durch die Ablehnung sozialistischer Ideen und eine positivere Grundeinstellung zur Leistungsgesellschaft. Darüber hinaus stufen christdemokratische Stammwähler die Gesellschaftsordnung mit knapper Mehrheit als eher gerecht ein und zeigen eine unterdurchschnittliche Zustimmung zum Gesellschaftsideal „Mensch vor Geld“. Die Stammwähler der regierenden SPD lassen zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 eine hohe grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie und der Gesellschaftsordnung erkennen und sehen die wirtschaftliche Lage in einem optimistischeren Licht. Dieser bemerkenswerte Einstellungswandel gegenüber 1998 hat seine Ursache wohl vor allem in der Tatsache, dass die SPD inzwischen die Regierungsverantwortung übernommen hat und der erneute Wahlsieg zum Zeitpunkt der Datenerhebung wahrscheinlich erscheint bzw. bereits Tatsache ist. Grüne Stammwähler kennzeichnet – neben der großen Zufriedenheit mit der (eigenen) Regierung – vor allem eine überdurchschnittliche Zustimmung zur Demo-

kratie. Darüber hinaus stehen sie stärker noch als die SPD-Stammwähler sozialistischen Ideen vergleichsweise positiv gegenüber und plädieren zu über 75 Prozent für das Gesellschaftsideal „Mensch vor Geld“. Liberale Stammwähler unterstützen in erster Linie die Idee der Leistungsgesellschaft und halten zu über 70 Prozent die Gesellschaftsordnung für gerecht. Parteipolitisch Ungebundene schließlich lassen einen stärkeren Pessimismus hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Lage erkennen und sind überdurchschnittlich unzufrieden mit der Regierung, der Demokratie und der Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung.

Im Osten lassen sich christdemokratische Stammwähler vor allem durch die positivste Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, eine geringere Unzufriedenheit über Ungerechtigkeiten der Gesellschaftsordnung sowie die mit 40 Prozent höchste Zustimmung zum Ideal der Leistungsgesellschaft charakterisieren. SPD-Stammwähler bekunden zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 wie auch im Westen eine überdurchschnittliche Zufriedenheit mit der Demokratie und der Gesellschaftsordnung. Über 80 Prozent der PDS-Stammwähler halten die Gesellschaftsordnung für ungerecht, etwa die Hälfte spricht sich für Verstaatlichungen aus und die überwiegende Mehrheit sympathisiert mit sozialistischen Ideen. Parteipolitisch Ungebundene unterscheiden sich nur wenig vom Bevölkerungsdurchschnitt, am ehesten durch eine größere allgemeine Unzufriedenheit.

Die voranstehenden Charakterisierungen der Stammwählerschaften lassen sich durch multivariate statistische Verfahren wie die Diskriminanzanalyse erhärten. Diese erlaubt es, zentrale Unterschiede zwischen den Stammwählerschaften unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller einbezogenen Variablen aufzudecken (Tabellen A2 und A3 im Anhang). Allerdings können hierbei für grüne und liberale Stammwähler in Ost und West aufgrund der geringen Fallzahlen keine verlässlichen Ergebnisse ermittelt werden. Zumindest im Westen heben sich beide Gruppen von parteipolitisch Ungebundenen jedoch – wie gezeigt – bereits durch ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung, vor allem den größeren Anteil statushöherer Schichten, ab.

Zwischenfazit West: CDU/CSU-Stammwähler unterscheiden sich von SPD-Stammwählern und parteipolitisch Ungebundenen vor allem durch einen im Durch-

schnitt höheren beruflichen Status und ausgeprägtere Präferenzen für eine Leistungsgesellschaft. Dagegen zeigen SPD-Stammwähler eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber dem Sozialismus als Idee, äußern – zumindest zum Zeitpunkt der Datenerhebung kurz vor und nach der Bundestagswahl 2002 – eine größere Demokratiezufriedenheit und bewerten die allgemeine wirtschaftliche Lage positiver. Parteipolitisch Ungebundene wiederum lassen vor allem eine größere Skepsis hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage und – im Vergleich zu SPD-Stammwählern – eine größere Unzufriedenheit mit Demokratie und Gesellschaftsordnung erkennen. Auf der Basis der hier einbezogenen Variablen unterscheiden sich im Westen SPD-Stammwähler und parteipolitisch Ungebundene jedoch nur geringfügig.

Zwischenfazit Ost: CDU-Stammwähler unterscheiden sich von allen anderen Gruppen vor allem durch die Ablehnung von Verstaatlichung und sozialistischen Ideen sowie ausgeprägtere Präferenzen für das Ideal der Leistungsgesellschaft. SPD-Stammwähler zeichnet gegenüber parteipolitisch Ungebundenen eine größere Zufriedenheit mit der Demokratie und der Gesellschaftsordnung sowie eine stärkere Befürwortung von Verstaatlichung und sozialistischen Ideen aus, gegenüber PDS-Stammwählern ebenfalls eine größere Demokratiezufriedenheit, geringere Sympathien für sozialistische Ideen und eine höhere Akzeptanz der Leistungsgesellschaft. PDS-Stammwähler stehen im Vergleich vor allem für sozialistische Ideen und Verstaatlichung, parteipolitisch Ungebundene für eine skeptisch-distanzierte Grundhaltung. Mit den in dieser Analyse einbezogenen Variablen lassen sich im Osten insbesondere CDU-Stammwähler und parteipolitisch Ungebundene nur geringfügig unterscheiden.

5. Fazit und Konsequenzen: Lohnt die Pflege von Parteibindungen?

Als zentraler Befund dieser Studie bleibt zunächst festzuhalten, dass Parteibindungen die Wahlentscheidungen nach wie vor in hohem Maße beeinflussen. Zwei Drittel der Westdeutschen und gut 50 Prozent der Ostdeutschen verfügen über entsprechende Bindungen, die sich zumindest im Vorfeld von Bundestagswahlen durch

Wahlkämpfe aktivieren lassen. Diese Parteibindungen fungieren als politische WahrnehmungsfILTER und Bewertungsmaßstäbe, die auf der Seite der Parteien durch programmatische Angebote regelmäßig erneuert und auf aktuelle Problemlagen ausgerichtet werden müssen. Die HandlungsfREIHEITEN politischer Eliten bemessen sich hierbei nach dem Verhältnis von Erwartungsdruck auf der Seite der Anhängerschaft und Öffentlichkeit einerseits und der Plausibilität und Stringenz der vorgetragenen Situationsanalyse und resultierender Handlungsoptionen andererseits. Werben für die eigenen politischen Positionen und anwaltschaftliche Interessenvertretung gehören gleichermaßen zum Berufsbild von Politikern. Es liegt somit vor allem an den Parteien und deren Führungspersonal, ihre durch die Parteibindungen vorgezeichneten Stammwählerpotentiale auszuschöpfen. Chancen auf einen Wahlsieg eröffnen sich aller Erfahrung nach vor allem dann, wenn sich durch eine positive Aufbruchstimmung unter den Stammwählern auch Wechselwähler hinzugewinnen lassen.

Im Rahmen des hier zugrunde gelegten Untersuchungsdesigns weisen die betrachteten Stammwählerschaften klare idealtypische Konturen auf. Grüne und liberale Stammwähler lassen sich vor allem den gehobenen westdeutschen Mittelschichten zurechnen. PDS-Stammwähler repräsentieren demgegenüber am ehesten ein sozialistisch geprägtes, ostdeutsches Milieu mit gehobenem Status und weitverbreiteter Skepsis gegenüber dem „westlichen“ Gesellschafts- und Demokratiemodell. Die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD besetzen entgegengesetzte Positionen und integrieren zudem auch größere Gruppen aus den unteren Mittelschichten, im Süden insbesondere die Christdemokraten, ansonsten vor allem die SPD. Die Stammwähler der Union verbindet eine verbreitete christliche Grundorientierung, in Teilen auch Kirchenbindung, mit dem Eintreten für den Leistungsgedanken, die Stammwähler der SPD heben stärker auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit ab. In beiden Fällen ergeben sich politisch bedeutsame Schnittmengen mit parteipolitisch Ungebundenen. Diese gehören häufig den unteren Mittelschichten an und zeichnen sich vor allem durch eine pessimistischere und unzufriedenere Grundstimmung aus. Vieles spricht dafür, dass zumindest Teile dieser Ungebundenen von den beiden Volksparteien politisch noch erreicht werden können. Im Osten stehen sie statistisch den CDU-Stammwählern am nächsten, im Westen eher den SPD-Stammwählern. Beide Parteien stehen folglich in der Verantwortung, durch entsprechende politische Positionie-

rungen keine Repräsentationslücken und somit keine potentiellen Einfallstore für Populismus und Extremismus entstehen zu lassen.

Die beachtlichen Stimmenumschwünge bei den vergangenen Landtags-, Kommunal- und Europawahlen müssen vor dem Hintergrund nach wie vor stabiler Parteibindungen vor allem als schichtspezifischer Protest gegen den Reformkurs im Bund angesehen werden. Traditionelle SPD-Stammwähler in den unteren Mittelschichten entschieden sich für Wahlabstinenz oder Protestwahl, die Union konnte hiervon nur wenig profitieren. Bislang signalisieren diese Stimmenausschläge nicht zwangsläufig die Verfestigung einer neuen Wettbewerbsstruktur. Sie belegen vor allem nachhaltige Unsicherheiten und Bedrohungsängste, die sich im Protest gegen den aktuellen Reformkurs von Regierung und Opposition äußern.

Unbezweifelbar haben die Anforderungen an Politiker und Parteien in den letzten Jahrzehnten eher zugenommen. Die Repräsentation und Interessenvertretung ihrer Anhängerschaft stellt hierbei nur einen, wenngleich nicht zu vernachlässigenden Aspekt dar. Darüber hinaus zwingt die Logik der Verhandlungsdemokratie vor allem Regierungen zur fortwährenden Suche nach Kompromissmöglichkeiten mit Koalitionspartnern, Bundesratsmehrheiten und wirkungsmächtigen Verbänden. Die Mediendemokratie wiederum verpflichtet Politiker zur tagesaktuellen Reaktion auf demoskopische Befunde und Medienkampagnen, letztlich zum fast aussichtslosen Versuch, dauerhaft auf der Woge medialer Zustimmung zu surfen. Politiker und Parteien stehen vor der Aufgabe, diese teils widersprüchlichen Anforderungen immer wieder erneut erfolgreich auszutariieren. Wer hierbei allerdings die Gesetze der Parteiendemokratie aus dem Blick verliert, verspielt günstige Chancen auf den Wahlsieg.

Anhang

Tabelle A1: Dimensionen der Einstellungen zum politischen System und zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland 2002
(Faktorenanalyse mit Varimax-Rotation, Faktorladungen > .100)

<i>Westdeutschland</i>	Dimension 1	Dimension 2	Dimension 3
allgemeine wirtschaftliche Lage	.724	.217	--
Demokratiezufriedenheit	.718	-.136	--
eigene wirtschaftliche Lage	.708	-.131	--
Gesellschaftsordnung gerecht	.532	-.298	--
Gesellschaftsideal: Mensch wichtiger als Geld	--	-.830	--
Gesellschaftsideal: Leistung zählt	--	--	.805
„Verstaatlichung wichtiger Unternehmen“	--	.790	--
„Sozialismus: gute Idee“	--	.654	--
Berufsstatus	.249	-.405	.151

Kaiser-Meyer-Olkin-Maß = .639; Varianzklärung 51.9 % (1. Dimension 21,0 % / Eigenwert: 1.9; 2. Dimension 15.5 % / Eigenwert: 1.4; 3. Dimension 15.4 % / Eigenwert: 1.4);

N = 2191, Repräsentativgewichtung mit vgges;

Deutsche Nationale Wahlstudie, gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

<i>Ostdeutschland</i>	Dimension 1	Dimension 2	Dimension 3	Dimension 4
allgemeine wirtschaftliche Lage	.775	--	--	--
Demokratiezufriedenheit	.757	--	-.160	--
eigene wirtschaftliche Lage	.627	--	--	.402
Gesellschaftsordnung gerecht	.557	--	-.323	.108
Gesellschaftsideal: Leistung zählt	--	.831	--	.160
Gesellschaftsideal: Mensch wichtiger als Geld	--	-.831	--	.102
„Verstaatlichung wichtiger Unternehmen“	--	--	.753	-.286
„Sozialismus: gute Idee“	-.184	-.120	.721	.195
Berufsstatus	--	--	--	.897

Kaiser-Meyer-Olkin-Maß = .680; Varianzklärung 63.4 % (1. Dimension 21.4 % / Eigenwert: 1.9; 2. Dimension 15.6 % / Eigenwert: 1.4; 3. Dimension 13.7 % / Eigenwert: 1.2; 4. Dimension 12.7 % / Eigenwert: 1.1);

N = 1072, Repräsentativgewichtung mit vgges;

Deutsche Nationale Wahlstudie, gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Tabelle A2: Diskriminanzanalyse der Parteibindung mit Einstellungen zum politischen System und zur sozialen Gerechtigkeit sowie dem Berufsstatus in Westdeutschland 2002

<i>Parteibindung</i>	CDU/CSU vs. SPD (N = 963)	SPD vs. o.Pb (857)	CDU/CSU vs. o.Pb (840)
Eigenwert der Funktion	.12	.07	.13
kanon. Korrelationskoeffizient.329	.248	.335	--
chi2	103.5	51.9	95.5
Freiheitsgrade	6	5	6
Signifikanz	.000	.000	.000
<i>standardisierte Koeffizienten der Diskriminanzfunktion</i>			
Demokratiezufriedenheit	.374	.412	--
allgemeine wirtschaftliche Lage	.227	.334	--
eigene wirtschaftliche Lage	--	.387	.336
Gesellschaftsordnung gerecht	-.211	.328	.353
„Verstaatlichung wicht. Unternehmen“	--	--	-.155
„Sozialismus: gute Idee“	.562	.273	-.297
Berufsstatus	-.578	--	.492
„Mensch vor Geld“	--	--	--
„Leistung zählt“	-.331	--	.259
<i>Gruppenmittelwerte</i>			
CDU/CSU	-.352	--	.317
SPD	.344	.226	--
ohne Parteibindung	--	-.290	-.397
<i>Anteil korrekter Klassifikationen (%)</i>			
CDU/CSU	63.5	--	63.0
SPD	66.3	63.8	--
ohne Parteibindung	--	54.5	65.0
insgesamt	64.9	59.6	63.9

Die Parteibindung ist jeweils dichotomisiert, etwa Personen mit Bindungen an die CDU/CSU versus Personen mit Bindungen an die SPD; o.Pb = ohne Parteibindung; Repräsentativgewichtung mit vgges;
Deutsche Nationale Wahlstudie, gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Tabelle A3: Diskriminanzanalyse der Parteibindung mit Einstellungen zum politischen System und zur sozialen Gerechtigkeit sowie dem Berufsstatus in Ostdeutschland 2002

<i>Parteibindung</i>	CDU/CSU vs. SPD (N = 315)	CDU/CSU vs. PDS (212)	CDU/CSU vs. o.Pb (381)	SPD vs. PDS (243)	SPD vs. o.Pb (412)	PDS vs. o.Pb (309)
Eigenwert der Funktion	.123	.328	.097	.189	.155	.168
kanon. Korrelationskoeffizient	.331	.497	.298	.399	.366	.379
chi2	34.6	54.6	37.1	36.8	60.7	48.8
Freiheitsgrade	6	5	5	6	5	6
Signifikanz	.000	.000	.000	.000	.000	.000
<i>standardisierte Koeffizienten der Diskriminanzfunktion</i>						
Demokratiezufriedenheit	.345	--	.368	-.252	.694	.459
allgemeine wirtschaftliche Lage	.203	--	--	-.210	--	-.225
eigene wirtschaftliche Lage	--	--	--	--	--	--
Gesellschaftsordnung gerecht	--	-.207	.551	-.367	.478	--
„Verstaatlichung wicht. Unternehmen“	.617	.508	-.291	--	.420	.617
„Sozialismus: gute Idee“	.579	.623	-.280	.437	.329	.653
Berufsstatus	--	.243	--	.391	--	.313
„Mensch vor Geld“	-.294	--	--	.470	-.154	--
„Leistung zählt“	-.217	-.232	.232	--	--	-.295
<i>Gruppenmittelwerte</i>						
CDU/CSU	-.374	-.357	.424	--	--	--
SPD	.327	--	--	-.254	.501	--
PDS	--	.908	--	.738	--	.889
ohne Parteibindung	--	--	-.228	--	-.308	-.188
<i>Anteil korrekter Klassifikationen (%)</i>						
CDU/CSU	63.5	75.5	53.8	--	--	--
SPD	61.1	--	--	65.0	58.4	--
PDS	--	74.5	--	73.2	--	64.9
ohne Parteibindung	--	--	67.2	--	64.4	70.9
insgesamt	62.1	75.2	62.7	67.2	--	62.169.9

Die Parteibindung ist jeweils dichotomisiert, etwa Personen mit Bindungen an die CDU/CSU versus Personen mit Bindungen an die SPD; o.Pb = ohne Parteibindung; Repräsentativgewichtung mit vgges; Deutsche Nationale Wahlstudie, gepoolte Vor- und Nachwahlbefragung.

Weiterführende Literatur

Aus Politik und Zeitgeschichte, 2002 / B 49-50 (Analysen zur Bundestagswahl 2002).

Eith, Ulrich (2001): Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten, in: ders., Gerd Mielke (Hg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Opladen, S. 17-33.

Eith, Ulrich (2002): Bundestagswahl 1998: Ruck zur Mitte oder Gerechtigkeitslücke? Der Regierungswechsel 1998 im Lichte wahlsoziologischer Interpretationen, in: Der Bürger im Staat, 52. Jg., Heft 1/2, S. 10-15.

Eith, Ulrich (2003): Entstrukturierung und Entpolitisierung durch Akteursverhalten? Politischer Wettbewerb in Deutschland und Europa, in: Manuela Glaab (Hg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland Bd. 15, München, S. 39-65.

Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (2003): Wahlforschung: Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft, in: Manfred Mols, Hans-Joachim Lauth, Christian Wagner (Hg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung, 4. Auflage, Paderborn, S. 315-344.

Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (2001): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Opladen.

Mielke, Gerd / Eith, Ulrich (2000): Die soziale Frage als „neue“ Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998, in: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft: 7, Opladen, S. 93-115.

Neu, Viola (2004): Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden.

Oberndörfer, Dieter / Mielke, Gerd / Eith, Ulrich (1998): Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau v. 2.10.1998, S. 12.

Oberndörfer, Dieter / Mielke, Gerd / Eith, Ulrich (2004): Die Mär von der Besonderheit des Ostens. SPD und Union kommen ihrer Aufgabe als Volksparteien nur unzureichend nach (Analyse zu den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen), in: Frankfurter Rundschau v. 23.9.2004, S.8.

Rattinger, Hans (2000): Die Bürger und ihre Parteien, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger (Hg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 209-240.

Der Autor

PD Dr. Ulrich Eith, Privatdozent an der Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik; zur Zeit Vertretung des Lehrstuhls für Wissenschaftliche Politik mit Schwerpunkt „Vergleichende Regierungslehre“.